

int wöchentlich Freitags.
ziehen nur durch die Post
Freise von 1,20 M., fürs
nd 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 38 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 20. September 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Was braucht eine Familie zur Bestreitung des notdürftigsten Lebensunterhaltes? — Der Bund deutscher Sattlerinnungen. — Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichstanzler. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Adressenänderungen. — Bekanntmachung. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 22. bis 28. September 1918 ist der 39. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Was braucht eine Familie zur Bestreitung des notdürftigsten Lebensunterhaltes?

Vor kurzem hat das Statistische Amt in Frankfurt a. M. eine sehr wertvolle Feststellung über die Ausgaben für den notdürftigsten Lebensunterhalt einer sechsköpfigen Familie gemacht. Darnach bedarf es täglich der Summe von 11,21 M., während in Friedenszeiten für den gleichen Zweck durchschnittlich 4,50 M. ausreichend waren. Wir sehen hier, daß fast der dreifache Betrag herauskommt, daß laut amtlicher Feststellung eine sechsköpfige Familie wöchentlich 78,48 M. aufwenden muß, nur um dem Hunger zu wehren. Diese Summe stellt natürlich bei weitem noch nicht die Gesamtsumme aller Ausgaben für Lebensmittel dar, denn es ist vollkommen klar, daß darin noch nicht der Geldaufwand enthalten ist, der für Nahrungsmittel „hintenrum“ ausgegeben wird. Hier fehlt über Menge und Preis jede Kontrolle, andererseits steht fest, daß kein halbwegs erwachsener Mensch imstande ist, von dem ihm „gesetzlich“ zugewiesenen Leben zu können, aus welchem Grunde durch den Schleißhandel die notwendige Ergänzung in der Ernährung bestritten werden muß.

Lassen wir aber dessenungeachtet 80 M. als Mindestsatz für die wöchentliche Ernährung einer sechsköpfigen Familie gelten, so entsteht sofort die Preisfrage: Wie hoch muß da der Wochenverdienst des Familienerhauptes sein, um die Familie in diesen Zeiten durchzubringen? Ein Wochenverdienst von 100 M. wäre dazu bei weitem nicht ausreichend. Miete und Steuern, beides gleichfalls erheblich gesteigert, spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle im Haushaltbudget, und denkt man gar an den etwa notwendig werdenden Aufwand in einer sechsköpfigen Familie für Schuhwerk, Wäsche und Kleidung, dann muß jedem ein gelindes Grinsen antommen nur bei dem Gedanken an die dann notwendigen Gelddausgaben. Ein Anzug für 200 M. erscheint heute „billig“, ein Paar Stiefelsohlen (nicht Stiefel) kosten oft 20 M., ein Hemd kostet 30 M.! Gewiß, Mutter flücht und rülpert alles zu neuem zusammen, Mäntel und Röcke werden für teures Geld gewendet, aus Abgetragenen oder Entbehrlichem der Erwachsenen wird wieder etwas für die Kinder zusammengeschnürt, aber diese Taktik kann nur den drohenden Ruin hinauszögern; einmal steht man doch vor leeren Schränken, vor der Tatsache, daß alle Hilfsmittel erschöpft sind. Und dann heißt es Neuanfassungen vornehmen, und für einen Tausender ist heute wahrhaftig nicht viel erhältlich.

Über so wie es in der Kleidung aussteht, steht es auch sonst im Haushalt der Arbeiterfamilie aus.

Von der Anschaffung neuer Wirtschaftsgegenstände wird des hohen Preises wegen immer wieder Abstand genommen, der wacklige Stuhl wird immer wieder durch Nägel und Gegenleisten halbwegs haltbar gestaltet, Tische und Schränke werden notdürftig geflickt, gar nicht zu denken der Bettstellen und Bettbezüge, die sich am ersten abnutzen, da sie am wenigsten geschont werden können. Jede Neuananschaffung wird hinausgeschoben, solange es noch irgendwie geht, sie muß hinausgeschoben werden, schon weil die tägliche Nahrung fast restlos die ganze Summe des Verdienstes verschluckt.

So geht es in fast allen Arbeiterhaushalten rapid rückwärts. Kleidung, Gebrauchsgegenstände, Möbel und Wäsche werden von Tag zu Tag brüchiger, immer mehr geht es der Armut entgegen. Und dazu der teure Nahrungsmittelerwerb, der wohl den Bauch füllt, aber selten ein Gefühl der Sättigung hinterläßt, von einem andauernden Sättigungsgefühl ganz zu schweigen. So steht es in den Kreisen der Arbeiter aus, nicht etwa bei jenen, die bei niedrigen Löhnen nur noch immer in jämmerlichster Weise dahinvegetieren, sondern bei denen, die im Verdienst bestergergestellt sind, die bis 100 M. und mehr wöchentlich verdienen! Es ist einfach frivol, unter diesen der Wirklichkeit entnommenen bitteren Verhältnissen zu behaupten, die Arbeiter bezögen zu hohe Löhne, sie seien in der Lage, recht gut Ersparnisse zu machen. Gewiß, manche, die besser im Verdienst stehen und keine starke Familie haben, sparen tatsächlich Geld, aber auch hier ist das Bild nur eine buntschillernde Seifenblase, denn sie sparen das Geld auf Kosten einer besseren Ernährung und weil sie längst nötige Neuanfassungen im Haushalt scheuen, sie sparen auf Kosten des eigenen Körpers und der eigenen Gesundheit, die von Tag zu Tag mehr und mehr verkrümmt und zerfällt! Es gibt wohl keinen Arbeiter, der nicht gut und gern seinen heutigen „höheren“ Verdienst eintauschen möchte mit den Lohn- und Feuerungsverhältnissen aus der Vorkriegszeit, obwohl auch damals schon keiner von ihnen auf Rosen gebettet war.

Warum brauchen die Arbeiter höhere Löhne? Um sich halbwegs satteffen zu können, um in ihrem Haushalt und ihrer Kleidung nicht gänzlich zu verliedern und zu verkrümpeln. So stehen die Dinge. Wer dem Arbeiter das Anrecht auf höheren Lohn streitig machen will, der handelt frivol und ungerecht, zumindest geht ihm der Einblick in die wirklichen Verhältnisse ab. Die Arbeiter aber sollen kein Mittel unbenutzt lassen, um ihre Löhne in die Höhe zu bringen, schon aus dem Grunde, um sich nicht jahrelang nach dem Kriege nur deshalb schinden zu müssen, um nur die durch die Entbehrungsjahre des Krieges erlittenen Schäden in Kleidung, Wäsche und Haushalt wieder auszubessern. Ein solch hartes Schicksal muß jeder nach Möglichkeit abzuwehren suchen!

Der Bund deutscher Sattlerinnungen

hielt in der zweiten Septemberwoche in Berlin im Lehrervereinshaus seinen 19. Verbandstag ab, der aus allen Teilen Deutschlands, in Anbetracht der durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten, zahlreich besetzt war. Wer Gelegenheit hatte, den früheren Tagungen beizuwohnen, wird mit Genugtuung feststellen, daß die diesjährigen Verhandlungen turmhoch über die ihrer Vorgänger standen. Der Krieg war auch den Sattlermeistern ein guter Lehmeister.

Die Beratungen und gefaßten Beschlüsse lassen darauf schließen, daß nunmehr auch in den Sattlerinnungen ein fortschrittlicher Geist den mittelalterlichen Handwerkercopf abschneiden wird, wenn, ja wenn die Innungen sich die Gedanken ihrer Bundestagsvertreter zu eigen machen.

Dem Bund sind zurzeit 110 Innungen mit 3950 Mitgliedern, darunter 200 Einzelmitglieder, angeschlossen, das sind rund 1000 Mitglieder mehr, als wie auf dem 18. Bundestage 1913 in Halle gemustert wurden. Den Ausführungen des Geschäftsführers zufolge rührt die hohe Zahl Einzelmitglieder aus dem Umstand her, daß eine Reihe Obermeister Gegner des Bundes seien, die Mitglieder mit ihrem Willen zum korporativen Anschluß bei ihnen nicht durchdringen. Solche Obermeister müßten durch Innungsbeschlüsse halb zu Ehrenobermeistern gemacht werden. Neu angeschlossen hat sich die Dresdener Innung mit 186 Mitgliedern, der ostpreussische und der Frankfurter Verband, deren Mitgliedszahlen in den obigen Riffen nicht miteingerechnet sind. Mit dem Sächsischen Sattlerbund sind die Beitrittsverhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das Reichswirtschaftsamt, die Niemenfreigabestelle, die Sattlerlebergesellschaft, der Handwerkskammertag, der Gewerbestammtag, der Zentralausschuß zum Innungsverband haben zu den Verhandlungen der Meister Vertretungen entsandt, welche den Bundestag begrüßten und mehrfach in die Debatte einwirkten.

Die Beschaffung von Rohstoffen während der Uebergangswirtschaft für das Sattlerhandwerk war wohl der Hauptangelegenheitspunkt des Bundestages, was in den Referaten und in den Debatten auch zum Ausdruck gebracht worden ist. Durch Zentraleinkaufsgenossenschaften will man sich seine Einwirkung auf das Reichswirtschaftsamt sichern. Während die Vertreter des Tapeziererhandels sich für Gründung von Zentraleinkaufsgenossenschaften aussprachen und den Handel bei der Verteilung von Rohstoffen an das Handwerk ausgeschieden wissen möchten, warnte der Bundesvorsitzende Herr Ludwig ganz entschieden vor Neugründungen. Das Reichswirtschaftsamt macht zwecks Anerkennung der Genossenschaften als Großhändler zur Voraussetzung: Kaufmännische Fähigkeit, Barzahlung und Nachweis genügender Umsätze. Handwerk, Industrie und Handel haben eine Existenzberechtigung, sie müssen zusammenarbeiten. Mit diesem Grundsatz stehe und falle er als Bundesvorsitzender. Der Vorstand steht auf dem gleichen Standpunkt, weswegen er die Gründung einer G. m. b. H. mit der Vereinigung Deutscher Sattler- und Polsterwarenhändler empfehle. Der Bundestag erklärte sich damit einverstanden.

In seinem Referat: Das Handwerk in der Gegenwart und Zukunft, wies Abg. Mahardt auf die Erfolge des organisierten Handwerks hin. Allein die Sattlermeister haben in den Jahren 1916/18 für 27½ Millionen Mark Seeresaufträge erhalten, die ohne seine Einwirkung zum Teil der Industrie zugefallen wären. Auch hätte die Unterbietungswut der Meister wieder Organe gefeiert. Zu bedauern ist nur, daß einzelne Bezirke, Aufträge aus dem Jahre 1916 noch nicht ausgeliefert haben, nicht, weil es an Leder mangelt, sondern weil das gelieferte Leder zum Teil für andere Zwecke verwendet wurde. Das Wumba wird diese Aufträge annullieren und die säumigen Meister von jeder Seereslieferung ausschließen. Ein Vorgehen, das nur gutgehen werden kann. Auf die Zukunft übergehend, meinte Herr R., daß wir schweren Zeiten

entgegengehen, wie sie unsere Vorfahren noch nie erlebt haben. Es wird große Not bei Beschaffung von Rohstoffen herrschen. Arbeitskräfte wird es geben, auch ausreichende Preise, wenn die Handwerker nicht so dumm sind, ihre Kerlen unter die Säue zu werfen. Die Handwerksammern werden unter intensiver Mitwirkung der Fachverbände die Zuteilung der Rohstoffe besorgen. Bei aller Rücksichtnahme auf seine Kollegen, wird man aber nicht so dumm sein, und die Dummheit noch prämiieren. Denn Dummheit ist der Mensch, der sich nicht organisiert. Diese Dummheit muß bestraft werden. Wer sich nicht organisiert, darf auch bei den Erfolgen des Handwerks nicht berücksichtigt werden. — Hoffentlich merken sich diese Lehre auch die nichtorganisierten Arbeiter.

Herr Destréich-Köln sprach über die Tätigkeit der Innungen und Genossenschaften während des Krieges und stellte das Verlangen, dem Handwerk sind 40 Proz. aller handwerksmäßigen Aufträge der Heeresarbeiten zu überlassen.

Die Rohstoffversorgung im Sattlergewerbe, ein Vortrag des Geschäftsführers, gab vielen anwesenden Meistern Gelegenheit, Beschwerden über Mangel an Leder, Garn, Leim usw. anzubringen. Die behördlichen Vertreter gaben zufriedenstellende Auskünfte und meinten, es stehe genügend Material zur Verfügung. Nur müßten die Vorschriften beachtet werden.

Folgende Entschließung fand dann einstimmige Annahme:

„Der 19. deutsche Sattler- (Sattler- und Tapezierer), Riemer- und Täschner-Verbandsstag zu Berlin richtet in vollem Einverständnis mit den Ausführenden und in Aneignung der Anregungen, welche einerseits der Berichterstatter, Obermeister Nagardt, Vorsitzender der Handwerkskammer zu Berlin, und andererseits der Obermeister Destréich-Köln, der Bundesvorsitzende, Obermeister Ludwig, in seiner gedruckt vorliegenden Denkschrift zum wirtschaftlichen Aufbau des Handwerks nach dem Kriege geben, die einmütige Bitte an die Reichs-, Staats-, Provinz- und Gemeindebehörden, im Sinne dieser Darlegungen den Wiederaufbau des Handwerks im allgemeinen und des Sattlergewerbes im besonderen mit allen Kräften und Mitteln zu fördern und zu stützen.

In der Erkenntnis, daß die beste Staatshilfe zur Erhaltung und Förderung eines gesunden und kräftigen Handwerkerstandes die Teilnahme desselben an staatlichen und kommunalen Lieferungen ist, fordert der Verbandsstag den geschäftsmäßigen Anteil von 40 Proz. aller Aufträge im Heeresausüstungsgewerbe. Die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten an Ausüstungsgegenständen sind ganz besonders für den Handwerksbetrieb geeignet, weshalb der Verbandsstag ersucht, bei deren Vergabe in erster Linie das Sattlerhandwerk heranzuziehen.

Wenn der Verbandsstag vorstehendes fordert, so bezieht er sich auf die gute Organisation im Sattlergewerbe. Ueber hundert, zum großen Teil sehr leistungsfähige Genossenschaften, die im Bunde deutscher Sattler-Innungen zusammengeschlossen sind, haben schon des großen Kriegsbedarfs bewiesen, daß sie sehr wohl in der Lage sind, große Aufträge in vorgeschriebener Frist und guter, sachgemäßer Ausführung zu liefern.“

Die Lehrlingsfragen wurden von Herrn Guth-Berlin behandelt, welcher in seinem Referat den Meistern den Rat gibt, von Lehrlingszuchtereien abzusehen, den Lehrlingen eine angemessene Entschädigung zu gewähren, ihre freie Zeit, auch bei Kost und Logis, zu achten, sie häuslichen Arbeiten zu entziehen. Angutreiben sind Berufsberatungsstellen unter Mitwirkung von Gemeinden, Schulen, Handwerk, Industrie und Arbeiterorganisationen. Der Reichstarif für das Militärausüstungsgewerbe ist auch auf Privatarbeiten auszudehnen. Werden dann noch die Lehrlinge in allen Fächern des Berufes unterweisen und so für die Zukunft eine gesicherte Existenz gewährleisten, dann wird es auch nicht am Nachwuchs fehlen. Die Debatte über diesen Vortrag war sehr ausgiebig und wurden, mit einer Ausnahme, Ausführungen gemacht, die auch wir völlig unterschreiben. Eine im Sinne des Vortrags gehaltene Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Herr Otto Kummel-Hamburg referierte über: Der Bund, die Bezirks- und Provinzialverbände. Redner empfahl aus seinen früheren Erfahrungen heraus straffe Zentralisation der Innungen, die im Bunde ihre Spitze hat, und Ausbau des Verbandsorgans.

Der vom Geschäftsführer verlesene Massenbericht läßt nicht auf einen großen Opferinn der Meister schließen. Bisher zahlten sie 50 Pf. Jahresbeitrag und 75 Pf. für die Ausstellung des Verbandsorgans. Einstimmig beschloß der Verbandsstag den Beitrag für Innungsmitgliedern auf 6 Mk., für Einzelmitglieder auf 10 Mk. ab 1. Juli 1918 zu erhöhen. Das Bundesorgan ist obligatorisch. Beitragselder werden nicht erhoben. Der Bundesstag findet in der

Regel alljährlich statt, den Tagungsort zu bestimmen (wird dem Vorstand überlassen). Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und durch Zuwahlen der Herren Ringel-Dresden, Kummel-Hamburg und Stiersböcker-Nürnberg ergänzt.

Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler.

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften hatte einstimmig beschossen, eine Delegation zum Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Forderungen der Arbeiter vorzutragen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufsgruppen und Gebenden des Reiches wurden mit der Vertretung der Gewerkschaften beauftragt: Meißner-Altenburg, Vorsitzender des Verbandes der Hutmacher, Baeplow-Hamburg, Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Schmidt-Berlin, Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes, Thomas-Frankfurt am Main, Vorsitzender des Verbandes der Dachdecker, Walbender-Vochum, 2. Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter, Regien-Berlin, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Empfang fand am Donnerstag, den 12. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, statt und nahm nahezu zwei Stunden in Anspruch. Als Sprecher der Delegation führte der Zentralvorsitzende des Dachdeckerverbandes, Thomas-Frankfurt a. M., folgendes aus: Die Entsendung der Delegation beweise, daß die deutsche Arbeiterschaft noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung habe, wenn auch fast das gesamte Volk durch die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen erschreckend mutlos geworden sei. Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse könnten nicht länger mit ansehen, wie das Volk von Stufe zu Stufe wirtschaftlich sinke. Zunächst sei die Ernährungsfrage auf einem Tiefpunkt angekommen. Die Mengen, die gewissenlos der Volksernährung entzogen würden, würden immer größer und gingen ins Ungemessene. Auf legalem Wege werde immer weniger verteilt. Auch die Schinerarbeiter mühten Wucherpreise zahlen. Immer allgemeiner werde um jeden Preis und ohne jede Rücksicht gekauft. Dadurch würden gerade die Menschen um die Lebensmittel gebracht, die sie am nötigsten brauchen. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen beforgniserregend ab. Sie könnten körperlich nicht mehr leisten, was ihnen früher ein leichtes war. Die Erfassung der Vorräte auf dem Lande sei gänzlich ungenügend. Die städtische Arbeiterschaft sei unter die Fuchtel des Hilfsdienstgesetzes gezwungen, auf die Landwirtschaft nähme man die größte Rücksicht. Bei der jeglichen Not wirkten die Unterlassungen wie Verbrechen am Volke. Die Gewerkschaftsführer seien keine Schwarzgeher, keine Klaw- und Wiesmacher. Aber es sei höchste Zeit zu bessern; denn die Aufregung unter der Arbeiterschaft sei ungeheuer. Die schönsten Mahnworte mühten wirkungslos bleiben. „Im hungrigen Magen nur Eingang finden Suppenlogik mit Knödelgründen.“ Die Arbeiter wollten nicht länger hungern, da auch die Reichs nicht hungerten. Die Regierung müsse unbedingt die Schleichhändler aufhängen, alle Lebensmittel erfassen und dem gesamten Volke zugänglich machen, die fleischlosen Wochen aufheben und mehr Kartoffeln geben.

Gänzlich unverständlich sei die verrückte Preisgestaltung für Schuhe, Wäsche und Kleider. Hier herrsche allgemein der unterjämteste Wucher, hier lägen die eigentlichen Landesverräter, die das deutsche Volk vor den wirtschaftlichen Zusammenbruch führten. Eine einfache Arbeitslose koste jetzt statt 4 Mk. 55 bis 60 Mk. und halte nur den vierten Teil der früheren Zeit. Selbst ausgebessert könne nicht mehr werden, es drohe der Zusammenbruch der Familie. Auch hier sei die Verteilung ganz ungleichmäßig. Die Regierung müsse den Arbeitern Sachen zur Verfügung stellen wie den Soldaten.

Um die Unterernährung zu paralysieren, müsse die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Das könne geschehen, ohne daß die Industrie weniger leistungsfähig wird. Arbeitervertreter, Kriegsämter und Unternehmer müßten gemeinsam das Problem lösen. Aber in jedem Falle müsse sich Deutschland eine arbeitsfähige Arbeiterschaft erhalten.

Alle wirtschaftlichen Nöte würden verschlimmert durch die unsichere schwankende Politik im Innern. Die Regierung Herling habe die erhoffte Stetigkeit nicht gebracht. Die Empörung über die unschlüssige Haltung in der Wahlrechtsfrage sei zur Siedehitze gediehen. Grimmig erbittert wende sich das Volk von der Komödie im Herrenhaus ab. Die Regierung müsse endlich ein Machtwort sprechen, den Landtag auflösen und das Kaiserwort wahr machen.

Die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiet der Zensur und des Belagerungszustandes lasteten schwer auch auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Bei manchen General-

kommandos herrsche äußerstes Mißtrauen gegen die Gewerkschaften, nahezu sozialistengefeindlicher Geist.

Zum Schluß forderte der Redner eine klare und unumwundene Abgabe an die Alldeutschen und die Annexionspolitiker. Das Volk wolle restlos Klarheit, unabhängig von der jeweiligen Kriegslage. Gerade jetzt, wo der feindliche Durchbruch verhindert und eine Ermattung der feindlichen Heerschaaren eingetreten sei, sei die beste Zeit, sich ungewidert auf den Verständigungsfrieden festzulegen. Gerade die es mit der Verteidigungspflicht ernst meinten, wollten durch eine freundliche Geste und ein klares Wort die Kriegszeit abgekürzt sehen. Auch dürften beim Friedensschluß die internationalen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften nicht weiter einfach vernachlässigt werden.

Die größte Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft, um die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiter habe die Arbeitervertreter hergeführt. Nur energische Taten der Regierung könnten helfen, die jetzigen schwierigen Zeiten zu überstehen.

Für die Regierung antwortete Reichskanzler Graf Hertling, die politische Reichsleitung sei mit der obersten Heeresleitung vollkommen einig im Ersteben des Verständigungsfriedens. Der Krieg werde nicht eine Minute länger dauern als zur Verteidigung unbedingt notwendig. Die bisherigen Friedensangebote Deutschlands seien leider höhnisch zurückgewiesen worden. Noch vor vierzehn Tagen habe wüster Chauvinismus die ganze feindliche Presse beherrscht. Trodem hoffe er zuversichtlich, daß der neue Frieden näher seien als man allgemein glaube. Jedenfalls seien Reichsregierung und Heeresleitung einmütig gegen jede Eroberung; darüber bestünden keine Meinungsverschiedenheiten und seien keine Befürchtungen nötig. — Zum allgemeinen Wahlrecht könne er nur wiederholen, daß er damit stehe und falle. Er wundere sich, daß seine Worte begweifelt würden. Man müsse doch begreifen, daß die bisher maßgebenden Parteien durch die Wahlreform beunruhigt seien. Auch das Herrenhaus habe seine verfassungsmäßigen Rechte. Aber dastegen weiche er nicht einen Schritt vom gleichen Wahlrecht ab, und sobald feststehe, daß darauf keine Verständigung zu erzielen sei, sei er sofort zur Auflösung entschlossen.

Staatssekretär Ballraf gab Mißgriffe im Vereinen- und Versammlungsrecht und im Zensurwesen zu. Er erbat sich die Vorlegung des Materials. In der nächsten Woche fänden mit den einzelnen Generalkommandos neue entscheidende Besprechungen statt.

Staatssekretär Waldow bedauerte, daß die Verpöpfung der Ernte noch keine Ueberflut zulasse. Schärfer Mittel zur Erfassung der Lebensmittel stünden nicht zu Gebote. Der Schleichhandel in kleinen Mengen komme auch den Arbeitern zugute und lasse sich kaum unterdrücken. Die Körnerernte sei wohl um 15 Proz. besser als im Vorjahr, die Kartoffelernte mutmaßlich schlechter. Die Versorgung der Industrie werde vom 1. Oktober an besser werden. Die Wiederherstellung der vollen Produktion trete bestimmt ein. Eine Erhöhung der Kartoffelration könne er nicht in Aussicht stellen, da das ungunstige Wetter die Ernte beeinträchtigt und Eisenbahnen wie Gemeinden mit größeren Mengen unüberwindliche Transportschwierigkeiten hätten. Die fleischlosen Wochen müßten beibehalten werden, um die Milch- und Fettversorgung nicht zu gefährden. Eine allgemeine Verbesserung der Ernährung könne er leider nicht in Aussicht stellen. Aber ganz bestimmt werde sie nicht schlechter werden.

Staatssekretär von Stein schilderte die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage. Die Ersatzmittel müßten auch für die Arbeiterleidung ausgenutzt werden. Die Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag hätten bei den Verhandlungen mit Rußland infolge der besonderen Lage und der gebotenen Eile zurückgestellt werden müssen, seien aber nicht vergessen. Für die künftigen Friedensunterhandlungen sei das deutsche Programm für die internationale Sozialgesetzgebung fertig gearbeitet. Die internationalen Arbeiterschutzverträge würden nicht vergessen werden.

Oberst Braun vom Kriegsamt versicherte, die Frage der Arbeitszeitverkürzung werde ernsthaft geprüft. Sie werde überall sofort durchgeführt, wo es ohne Produktionsausfall möglich sei. Im Zubau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen.

Reichstagsabgeordneter Regien entgegnete, bei den hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsfrage sei die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen. Er ging dann auf die Verhandlungen der Gewerkschaften durch das stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps ein.

Dann schloß Reichskanzler Graf Hertling die Zusammenkunft mit Worten des Dankes für die hoffentlich nützbringende Aussprache.

Korrespondenzen.

Dreslau. (E. 16. 9.) (Versammlungsbericht.) In der am 11. September stattgefundenen Mitgliederversammlung gab zunächst unser Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal und vom Jubiläumsfest. Nachdem diesem auf Antrag der Revisoren Entlassung erteilt worden war, ergriff Kollege Hanke das Wort, um über die gegenwärtige Lage in der Leder- und Schuhindustrie zu berichten. Die Aufträge haben sehr nachgelassen, und infolge verkürzter Arbeitszeit steht der Verdienst in keinem Verhältnis zu der immer noch steigenden Teuerung. Im Anschluß an seine Ausführungen ermahnte der Redner die Mitglieder, unter sich einig zu sein und auch in schlechter Zeit dem Verband treu zu bleiben. Hierauf erfolgte eine Aussprache, in deren Verlauf wiederholt zum Ausdruck kam, daß die bisherigen Teuerungszulagen bei weitem nicht mehr genügen, um der Teuerung standhalten zu können. Folgende Entschließung wurde angenommen: „In Anbetracht der weiteren, stetig fortschreitenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse erachtet es die Versammlung als unumgänglich notwendig, daß der Zentralvorstand Schritte unternimmt, um ein baldiges Zusammen-treten der Zentraltarifkommission zu ermöglichen, zu dem Zweck, wesentlich höhere Teuerungszulagen festzusetzen.“

Dresden. (E. 16. 9.) In der Versammlung vom 10. September wurde zu der geplanten Erhöhung der Teuerungszulage Stellung genommen. Das Referat hielt Kollege Elsner. Nachdem von allen Diskussionsrednern die Notwendigkeit einer solchen hervorgehoben, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Seit dem Abschluß des jetzigen Tarifvertrages hat eine stetige Aufwärtsbewegung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel die geringen Aufbesserungen illusorisch gemacht, ja infolge des immer schwerer zu bearbeitenden Materials sind die Verdienstmöglichkeiten wesentlich beeinträchtigt worden. Die Arbeitererschaft der Militäreffektenbetriebe Dresdens sieht sich außerstande, mit den heutigen Löhnen den Anforderungen des täglichen Lebens gerecht zu werden. Die übergroße Mehrzahl ist nicht in der Lage, zumal die Arbeitslosigkeit jetzt eine beschränkte ist, mit dem erzielten Verdienste soviel zu kaufen, um sich fassen zu können. Die Hilfsenschaft glaubt aber, daß sie es sich auch ihren Familien schuldig ist, wenigstens gesundheitlich über die überaus ernste Zeit hinwegzukommen. Auch liegt es im Interesse unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, daß die Arbeitskraft jedes einzelnen noch lange möglichst ungeschwächt erhalten bleibt. Das kann aber nur geschehen, wenn eine annehmbare Aufbesserung der heutigen Löhne aller in der Militäreffektenindustrie beschäftigten Personen erfolgt, zumindestens muß ein Ausgleich für die heutige teure Lebenshaltung geschaffen werden. Die Versammlung beauftragt deshalb erneut die Verbandsleitung, geeignete Schritte zu unternehmen, um möglichst bald eine Lohnregelung vorzunehmen. Die Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe werden verpflichtet, in den nächsten Tagen vorstellig zu werden, um eine Aussprache mit den Herren Arbeitgeber herbeizuführen, die geeignet ist, Grundlagen zu weiteren Verhandlungen zu schaffen.“

Görlitz. (E. 13. 9.) Im Gasthof zum goldenen Kreuz fand am 3. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher nach eingehender Begründung und Aussprache eine Resolution zur Erhöhung der Teuerungszulage angenommen wurde.

Karlsruhe. (E. 9. 8.) Am 31. August hielten wir eine außerordentliche Versammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gab der Vorsitzende bekannt, daß unser Kollege Diefenbacher als Opfer des Weltkrieges gefallen ist. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, zu Ehren des Gefallenen sich von ihren Plätzen zu erheben. Sodann wurde über eine Erhöhung der Teuerungszulage gesprochen, da die jetzigen den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Die meisten der anwesenden Kollegen sind der Ansicht, daß das Verlangen nach einer Erhöhung der Teuerungszulage nicht als unangenehm angesehen werden kann. Sind doch alle Artikel zum Lebensunterhalt so rapid in die Höhe gegangen, so daß ein Arbeiter die Preise kaum noch bezahlen kann. Es wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

„Die heute, am 31. August 1918, tagende außerordentliche Mitgliederversammlung beauftragt die Verbandsleitung und die Arbeitervertreter, angesichts der sich sprunghaft erhöhenden zum notwendigen Lebensunterhalt erforderlichen Mittel umgehend mit den Militärlieferanten am hiesigen Platze in Verbindung zu treten, um die Erlangung einer Teuerungszulage von 20 Proz. auf Afford- und Stundenlöhne, da die gegenwärtig gezahlten Zulagen bei weitem nicht mehr der unerhöhten Teuerung genügen.“

Im zweiten Punkt gab der Vorsitzende dem Bericht der Kartellprüfung bekannt, in welchem er mitteilte, daß fernerhin die Theaterkarten zu ermäßigten Preisen für die Müllungsarbeiter nicht mehr vom Kontor des betreffenden Betriebes verteilt werden, sondern vom Arbeiterausschuß in diesem Betrieb, damit sie auch gerecht verteilt werden und nicht, wie es schon vorgekommen ist, die Beamten die besseren und die Arbeiter die geringeren Plätze erhielten. Der Antrag des Kollegen Beder, daß auch fernerhin nur ein Delegierter zu den Kartellprüfungen bestimmt wird, wurde gegen eine Stimme angenommen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige Werthaltungsgegenstände geregelt, unter anderem auch, daß bei verhärtetem Fliegeralarm, wenn die Arbeiter die Kellerräume aufsuchen müssen, die veräumte Zeit während des Alarms von den Fabrikanten bezahlt werden muß und bei etwaiger Verweigerung beim Schiedsgericht angeklagt werden kann. Der Vorsitzende schloß die sehr gut besuchte Versammlung mit dem Bemerkten, daß die Versammlungen immer so gut besucht werden möchten wie diesmal, und nicht bloß, wenn eine Erhöhung der Löhne auf der Tagesordnung steht. Anwesend waren 7 Kolleginnen und 45 Kollegen.

Kaiserslautern. (E. 13. 9.) Am 27. August tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Dieselbe befaßte sich mit der Erhöhung der Teuerungszulage. Der Vorsitzende begründete eingehend die Stellung zur Erhöhung der Teuerungszulage, er führte an, daß wir gezwungen sind, durch die ständige Steigerung der Lebensmittelpreise auch unseren Lohn zu erhöhen, denn es ist dem Arbeiter unmöglich, mit dem jetzigen Lohn auszukommen. Die hierzu folgende Diskussion bewegte sich in demselben Sinne. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in der „Post“ tagende Mitgliederversammlung beauftragt den Zentralvorstand, angesichts der sich sprunghaft erhöhenden Lebensmittelpreise, unverzüglich Schritte in die Wege zu leiten, die geeignet sind, durch etw. Erhöhung der Teuerungszulagen einen Ausgleich in der sich immer mehr und mehr verbundenen Lebenshaltung aller in der Leder- und Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen.“

Leipzig. (E. 14. 9.) Die außerordentliche Generalversammlung am 6. September 1918 behandelte folgende Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns in der Militäreffektenindustrie angesichts der verteuerten Lebenshaltung zu einer weiteren Teuerungszulage? 2. Stellungnahme zu einer Erhöhung des Lokalfondsbeitrags und Regelung der Lokalerstützung. 3. Gewerkschaftliches.

Kollege Dasefe führte aus, daß die Beantwortung der Frage im ersten Punkt der Tagesordnung nicht schwer sein kann. Es werden sich Verhandlungen notwendig machen, wo ein Ausgleich geschaffen werden muß zwischen den Löhnen und bestehenden Verhältnissen. In Unternehmerkreisen weist man immer auf die hohen Löhne der Müllungsarbeiter hin. Wenn auch wenig Wahres an der Sache ist, sucht man in gewissen Kreisen die Löhne Ministergehaltern gleichzustellen. Man erkennt aber nicht an, daß die Kaufkraft des Geldes bedeutend gesunken ist. Aus verschiedenen Beispielen kann man entnehmen, wie die Preise gestiegen und noch weiter steigen werden. Kommt nun ein Arbeiter beim Unternehmer um mehr Lohn, da kann man ein Lied von der Begehrlichkeit der Arbeiter hören. Man verschließt die Augen vor den Tatsachen. Kollege Dasefe bringt die Resolution der letzten Versammlung ein: „Die heute im Volkshaus tagende außerordentliche Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, angesichts der sich sprunghaft erhöhenden Lebensmittelpreise, unverzüglich Schritte in die Wege zu leiten, die geeignet sind, durch weitere 20 Prozent Teuerungszulage einen Ausgleich in der sich immer mehr und mehr verbundenen Lebenshaltung aller in der Leder- und Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen.“

Mehrere Redner sprachen sich für die Notwendigkeit einer weiteren Zulage aus und betonten, daß auch die Privatarbeit mit bedacht werden sollte, da die bis jetzt gezahlten Zulagen bei weitem das nicht ausmachen, was durch schlechtes Material und Zeitverschwendung als Verlust anzusehen ist.

Zum zweiten Punkt weist Kollege Döhler auf die Notwendigkeit der Erhöhung des Lokalfondsbeitrags hin. Es ist der Krieg noch nicht zu Ende und schon gehen die Unternehmer an das Abbauen der Löhne. Der Reichsverband, der früher die Sozialdemokratie bekämpfte, verliert jetzt alles, um die Gewerkschaftsbewegung einzudämmen. Um nun dem Angeführten gegenüberzutreten zu können, dazu gehört eine kapitalkräftige Lokalkasse. Da die Ortsverwaltung während des Krieges über 10 000 Mark für Unterhaltungen an die Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen aus Lokalmitteln ausgezahlt hat und auch die Verwaltungsausgaben gestiegen sind, so daß mitunter das Fünftel, das uns zur Verfügung steht, nicht zulange, hat sich der Lokalfonds in den letzten

bien Jahren nicht erhöht. Es werden in einer Reihe anderer Verwaltungsstellen jetzt schon höhere Lokalfondsbeiträge gezahlt. Die Ortsverwaltung hat in letzter Zeit gespart, wo sie nur konnte, um die Lokalkasse nicht zu schwächen, da aber in nächster Zeit wieder höhere Ausgaben bevorstehen, muß hier eine Veränderung eintreten. Wir werden nicht umhin können, auch dieses Jahr den Angehörigen der Kriegsteilnehmer eine Unterstützung zu gewähren. Vom Zentralvorstand wird das Fünftel nicht erhöht, auf Anfrage erklärte derselbe, das könne nur auf der Generalversammlung entschieden werden. Kollege Döhler bittet die Mitglieder, das Veräumte nachzuholen und unterbreitet den Mitgliedern den Antrag der Ortsverwaltung, wonach vom 1. Oktober dieses Jahres ab der Beitrag für männliche Mitglieder 1 Mk. und für weibliche 50 Pf. beträgt. Der Zuschuß an Arbeitslosenunterstützung soll pro Tag um 25 Pf. bei den männlichen Mitgliedern erhöht werden. Desgleichen noch andere Sätze.

Kollege Reider ließ hierauf abstimmen. Es wurde gegen eine Stimme die Erhöhung des Lokalfondsbeitrags angenommen. Des weiteren wurde eine Kommission gewählt, die sich mit der Diätenfrage befaßt. Die Wahl fiel auf die Kollegen Erhardt, Krebs, Wiszolek, Rißel.

Zum dritten Punkt brachte Kollege Reider vor, daß in Nr. 53 unserer Zeitung ein Artikel steht: „Das Sattlerhandwerk eine Zuflucht für Kriegsbeschädigte“. Es sollen auch in Leipzig Kriegsbeschädigte als Sattler ausgebildet sein. Er bittet die Anwesenden, dieses sofort der Ortsverwaltung zu melden.

München. (E. 10. 9.) Die am 31. August stattgefundene Mitgliederversammlung beschloß auf eingehender Weise mit der gegenwärtigen Teuerung und nahm Stellung zur Forderung einer weiteren Teuerungszulage. Vorsitzender Kollege Röhner berichtete zunächst, was er seit der letzten Versammlung in dieser Angelegenheit unternommen hat. Des weiteren bepricht er die von Tag zu Tag steigenden Preise von Lebensmitteln und aller Bedarfsgegenstände.

Nach einer genauen Aufstellung des statistischen Amtes der Stadt München stiegen die rationierten Lebensmittel vom Juli 1914 bis Januar 1918 prozentual folgendermaßen:

- 1 Pfund Brot 41 Proz., 1 Pfund Mehl 148 Proz., 1 Pfund Grieß 23 Proz., Gerste 80 Proz., Butter 86 Proz., Schmalz 125 Proz., Margarine 163 Proz., Topfen 200 Proz., Limburger 58 Proz., Hartkäse 283 Proz., Rindfleisch 176 Proz., Kalbfleisch 112 Proz., Wurstwaren 127 Proz., Schellfisch 162 Proz., gelbe Rüben 300 Proz., Kartoffeln 100 Proz., Ruder 80 Proz., Kaffee-Erbs 180 Proz., Salz 33 Proz., Zwiebeln 275 Proz., Eier 200 Proz., Milch 62 Proz., ohne dabei von der Qualität sprechen zu wollen.

In ähnlicher Weise sind alle anderen Bedarfsgegenstände, Wäsche, Kleiderstoffe, Schuhe, die Preise für Reparaturen, die Preise für Eisenbahn- und Straßenbahnfahrten, für Zeitungen, für Schreibmaterial, die Preise für Obst und alle anderen Dinge, die im einzelnen nicht angeführt werden können, gestiegen. Aus dem Angeführten geht hervor, daß es dem Arbeiter unmöglich ist, sich nur annähernd mit den heutigen Löhnen das Nötigste beschaffen zu können. Nach einer lebhaften Aussprache fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute tagende Versammlung nimmt zu den gegenwärtig bestehenden Lohnverhältnissen Stellung und ist einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß angesichts der außerordentlich gestiegenen Preise für die gesamte Lebenshaltung und der dadurch erschweren Existenzhaltung das gegenwärtige Einkommen unzureichend ist und nach einem Ausgleich gesucht werden muß.“

Dieser Ausgleich kann nur erreicht werden, wenn eine Erhöhung von mindestens 30 Proz. des Einkommens, rückwirkend ab 1. September 1918, gewährt wird.

Die Versammlung beauftragt deshalb ihre leitenden Stellen, nichts unversucht zu lassen, um dieser bringenden Angelegenheit baldigst Wirksamkeit zu verleihen.“

Kollege Röhner gibt noch bekannt, daß in der dritten Septemberwoche eine statistische Aufnahme der Löhne durchgeführt werden soll und fordert auf, sich vollständig daran zu beteiligen und wahrheitsgetreue Angaben zu machen. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten schließt der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

Offenbach a. M. (E. 8. 9.) Am Freitag, den 6. September, beschäftigte sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Frage, ob eine weitere Teuerungszulage in der Heresauszubranche notwendig ist. Kollege Wurm berichtete in kurzen, einleitenden Ausführungen, daß aus einer großen Anzahl Auszubildetenbetriebe die Kollegen z. T. schon vor längerer Zeit an die Ortsverwaltung herangetreten seien, mit dem Ersuchen, den Reichstarif nach dieser Richtung einer baldigen Revision zu unterziehen, da es ihnen bei den heutigen Teue-

zungsverhältnissen unmöglich sei, mit den verbieten Löhnen auszukommen. Längere Zeit habe die Ortsverwaltung gezögert, diesem Drängen stattzugeben, doch könne man sich auf die Dauer der Einsicht nicht verschließen, daß seit dem Neuausschluß des Reichsttarifs im April d. J. die Steuerungsverhältnisse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, besonders aber in Dingen des täglichen Bedarfs wieder eine ungeheure Verschärfung erfahren haben. Man müsse sich daher notgedrungen mit der Frage beschäftigen, wie es möglich sei, wieder einen erträglichen Ausgleich zu schaffen. Trotzdem die Geschäftslage in der Leder- und Schuhindustrie im Augenblick nicht die günstigste ist, müsse man der Not der Zeit Rechnung tragen und die Ortsverwaltung hält nach reiflicher Erwägung die Erhöhung der reichsttariflichen Steuerzulage für den einzig dazu geeigneten Weg. Auch in anderen Orten des Reiches macht sich das gleiche Streben unter unseren Kollegen bemerkbar, ein Beweis dafür, daß hier eine unabweisliche Notwendigkeit vorliegt.

Diese Ausführungen wurden von den Kollegen Höf und Mareinich noch ergänzt und an Hand von Beispielen ungeheurer Preissteigerungen vieler Gegenstände des täglichen Gebrauchs nachgewiesen. Ebenso zeigt die weitere lebhafteste Diskussion, daß nicht Uebermut die Kollegen zu dieser Forderung drängt, sondern lediglich die bittere Notwendigkeit uns zwingt, wieder damit an die Fabrikanten heranzutreten. Aus diesen Gründen wird der Vorschlag der Ortsverwaltung, die bestehende Steuerzulage um die Hälfte zu erhöhen für unzureichend erachtet und dafür vorgeschlagen, eine Erhöhung um mindestens 75 Prozent der heutigen Zulage zu fordern. Dem Antrage wurde einstimmig und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. September in Offenbach a. M. versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen des Leder- und Schuhindustriegebietes erachten die zur Zeit nach dem Reichsttarif gezahlten Steuerzulagen in Anbetracht der seit ihrer Einführung wiederum ungemein verteuerten Lebenshaltung als durchaus unzureichend und auch nicht annähernd mehr den Verhältnissen entsprechend. Sie halten eine Erhöhung der jetzigen reichsttariflichen Zulage um mindestens 75 Prozent in allen Stufen für das dringendste Erfordernis und erwarten von den Fabrikanten der Leder- und Schuhindustriebranche, daß sie in verständnisvoller Würdigung der Notlage der Arbeiterschaft diesen bescheidenen Wünschen in vollem Maße Rechnung tragen.“

Die Versammlung beschloß ferner, diese Resolution allen Fabrikanten der Branche in den nächsten Tagen zuzustellen, womit die Ortsverwaltung beauftragt wurde.

Im weiteren wurde zu der Frage Stellung genommen, ob die baldige Abhaltung eines Verbandstages angängig oder zweckmäßig erscheint. Nachdem der anwesende Gauleiter, Kollege Höf, die Aufgaben eines Verbandstages besprochen und besonders die Gründe, welche gerade unter den heutigen Zeitumständen für oder wider einen Verbandstag sprechen, einer kritischen und eingehenden Betrachtung unterzogen hatte, gaben die Kollegen in der nachfolgenden Diskussion ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die Abhaltung eines Verbandstages unter den jetzigen Verhältnissen ein Unbill sei und einer sinnlosen Geldverschwendung gleichkäme. Die Kosten eines Verbandstages würden doch heute mindestens dreimal so hoch sein als unter normalen Verhältnissen, während sein Wert bei den gänzlich unklaren und unbestimmbaren Verhältnissen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung doch äußerst zweifelhaft sein müsse. Die Kollegen sind der Meinung, daß es sehr schwer sei, weittragende Beschlüsse zu fassen, noch schwerer aber, bei der Unsicherheit und Wandelbarkeit der heutigen Verhältnisse, diese Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Die dringenden Fragen könnten, wie bisher, auch noch für die nächste Zeit vom Vorstand und Ausschuß resp. auf einer Gauleiterkonferenz erledigt werden. Diese Institution ist viel beweglicher und anpassungsfähiger als ein Verbandstag und vermag schneller und leichter veränderten Verhältnissen und sich hieraus ergebenden Notwendigkeiten im Interesse Aller gerecht zu werden. Bevor wenigstens eine notdürftige Klärung der Situation eingetreten sei, solle man einen Verbandstag unbedingt vermeiden. — Hierauf Schluß der Versammlung.

Strasburg i. E. (E. 3. 9.) Am 29. August 1918 tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung, wozu alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Janßen, Estelmann und Wierenbreier-Kehl eingeladen und auch sehr zahlreich erschienen waren. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und den Fabrikanten zugeandt:

„Die am 29. August 1918 tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeuller, Filiale Strasburg i. E., und die in den Strasburger und Kehler Militäreffekten-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ersuchen die

in Betracht kommenden Firmen um Gewährung einer Steuerzulage. Diese soll außer der im Reichsttarif bereits festgelegten Steuerzulage gewährt werden, und zwar vom 1. Oktober 1918 ab.

Die oben genannten Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Forderung gezwungen durch die ständigen steigenden Preise aller zum täglichen Leben notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel, die es geradezu unmöglich machen, mit der gegenwärtigen Bezahlung auch nur einigermaßen auskömmlich zu leben.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen geben sich daher der bestimmten Erwartung hin, daß die betreffenden Firmen eine den heutigen Steuerungsverhältnissen entsprechende Zulage gewähren werden.“

Die Herren Fabrikanten haben sich auch damit einverstanden erklärt, aber nur, wenn die Zulage von der Rentrollkommission geregelt wird. Die Versammlung hat ferner den Wunsch geäußert, wenn möglich die Steuerzulage in Stundenzuschlägen zu verlangen und sollen diese mindestens 20 Pf. pro Stunde betragen.

Ebenfalls sollen die Heimarbeiter die gleiche Zulage bekommen wie die Werkstattarbeiter.

Zeit. (E. 9. 9.) Eine Mitgliederversammlung tagte am Sonnabend, den 7. September, im Lokal Kämpfe. Kollege Busch referierte über: „Frauenarbeit vor, im und nach dem Kriege.“ Aus dem Vortrage entnehmen wir, daß die Frauenarbeit bereits vor dem Kriege im steten Wachsen begriffen war. In vielen Berufen war die Frauenarbeit vor dem Kriege nicht vorhanden. Obwohl viele Arbeiterinnen schon damals gezwungen waren, auf Arbeit zu gehen, war ein großer Teil der Arbeiterinnen nur zu Hause für die Familie tätig. In dieses trauliche Leben hat der Krieg mit rauher Hand eingegriffen. Durch die Einziehung der Männer waren die Frauen gezwungen, für die Familie zu sorgen. Die enorme Steigerung für den gesamten Lebensunterhalt trieb die Frauen auf Arbeit. Die Kriegsunterstützung langte nicht zu, um alle Ausgaben für die Familie zu bestreiten. So sehen wir heute die Frauenarbeit im Hüttenwesen, im Bergbau, im Hods- und Tiefbau, in der Metallindustrie, im Buchdruck und vielen anderen Erwerbszweigen, wo sie erst während des Krieges Eingang gefunden hat. Nach dem Kriege müssen die Frauen aus all den Industrien verschwinden, die nachweisbar für die Frauen nicht geeignet sind, da sie zum Teil schwere gesundheitliche Schädigungen des weiblichen Organismus hervorrufen. Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist es geboten, nach dem Kriege die Frauenarbeit in vielen Gewerben einzuschränken. Die Frauenarbeit darf nicht zur Schmutzkonkurrenz für die Männerarbeit werden. Für gleiche Leistung, gleicher Lohn. Das ist die Forderung der Gewerkschaften. Sie kann sich aber nur erfüllen, wenn die Arbeiterinnen Seite an Seite mit den Männern sich den Gewerkschaften anschließen und für Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen.

Nedner berichtete unter dem zweiten Punkt der Tagesordnung, daß vor fünf Wochen in den Kiewer Kinderwagenfabriken eine Lohnbewegung stattgefunden hat. Durch Vermittlung der Kriegsamtsstelle Magdeburg haben sich die Unternehmer mit den Arbeitern geeinigt. Die männlichen Arbeiter erhielten pro Stunde 13 Pf., die weiblichen Arbeiter 8 Pf. pro Stunde zugelegt. Diese Vergünstigung kommt nun 200 unserer Berufsangehörigen in Zeit zum

Nutzen. In der letzten Woche sei in den Kinderwagenfabriken die Arbeiterschaft wegen ungenügender Zuteilung von Lebensmitteln einige Tage im Ausstand gewesen. Die Sache ist beigelegt.

Ueber den Betrieb von Scholle wurde Bescheid geführt, daß derselbe für Instandsetzungsarbeiten auf Touristen und Militärrucksäcke nicht die vorgeschriebenen Tarifmehrschläge zahle. Kollege Busch versprach, sich dieser Sache anzunehmen.

Rundschau.

Ein Arbeitgeber gegen Lohndrückerei. Im „Sprechsaal“, dem Fachblatt der Keramikindustrie, schreibt ein Arbeitgeber, Herr Max Köster, über die künftigen Aufgaben der Keramikindustrie. Bemerkenswert ist daraus besonders seine Stellungnahme zur Lohnfrage, in der er sich energisch gegen alle Lohndrückerei wendet. Er schreibt:

„Es muß von vornherein ein für allemal ausgeschlossen sein, daß etwa Löhne und Gehälter gedrückt werden. Ueberall sind die Ausgaben für die Lebenshaltung außerordentlich gestiegen, und nur bei ausreichender Betätigung derselben kann von dem Mann überhaupt etwas verlangt werden. Es muß also nicht nur für diese gesorgt werden, sondern es ist auch danach zu verfahren, daß die Leistungsfähigkeit und die Leistungswilligkeit des Mannes durch seine Entlohnung und durch sonstige Fürsorge für ihn gesteigert und gehalten werde. Billigste Arbeit ist immer schlechte Arbeit. Beste Arbeit ist immer die wertvollste und gleichsam sparsamste, weil sie sowohl den Mann als auch den Werkstoff am besten ausnützt. Von vornherein also fort mit dem Gedanken, eine Verbilligung der Erzeugung durch Lohndrückerei erzielen zu können und zu wollen.“

Das Urteil des Herrn Köster verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden gegenüber denjenigen Unternehmerkreisen, die schon jetzt auf einen Abbau der angeblich hohen Kriegslöhne hinwirken.

Adressenänderungen.

Ulm a. D. D. Rünninger, Neu-Ulm, Johannisstraße 6.

Bekanntmachung.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin. (W. a. G. Früher E. G. 64.)

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen vom 20. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1121) sind der Kasse die vom Vorstand beschlossenen Allgemeinen Bedingungen für diese Wiederherstellung vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung am 26. August 1918 genehmigt worden.

Indem wir gemäß § 28 der Satzung Vorstehendes hiermit zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen, bemerken wir, daß Druckemplare dieser Allgemeinen Bestimmungen in den Kassenslokalen der Verwaltungsstellen ausliegen.

Der Vorstand.
J. A.: Wilhelm Giese, Vorsitzender.

Zu kaufen gesucht:

1 Sattlermaschine
der Deutschen vereinigten Schuhmaschinen-Gesellschaft Nr. 6

für Fuß- oder Kraftbetrieb, neu oder gebraucht. Offerten erbeten an Karl Schüller, Magdeburg-S., Galberstädterstraße 106.

Ca. 50 Hundemaulkörbe

ff. Leder mit gutem Nickelverschlag, zu verkaufen.

Paul Matthias Nachf., Köhlschenbroda.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder

- Karl Friedrich, Berlin, 44 Jahre alt.
- Karl Gärtler, Berlin, 20 Jahre alt.
- Paul Döttinger, Neutlingen, 29 Jahre alt.
- Alfons Kaufhold, Hannover, 28 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen**, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

Chair - Leder für Damenhut - Fabrikation

in allen Farben gesucht.

Albert Wolff, Berlin, Spittelmarkt 8/10.